

Antrag

Hannover, den 05.05.2020

Fraktion der SPD
Fraktion der CDU**Rahmenbedingungen für das ehrenamtliche Engagement verbessern - Enquetekommission „Ehrenamt“ einrichten**

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

Der Landtag stellt fest:

Das Gemeinwesen in Niedersachsen wird maßgeblich von einer aktiven Zivilgesellschaft gestaltet. Für ein lebendiges, vielfältiges und solidarisches Bundesland ist das Ehrenamt daher unverzichtbar. Ehrenamtliche schaffen Chancen, stärken die Demokratie und verbinden Menschen miteinander. Das ehrenamtliche Engagement gehört daher zu den konstitutiven und lebendigen Elementen unserer Demokratie.

Das Engagement der Bürgerinnen und Bürger in Niedersachsen ist umfangreich und vielfältig. Sportvereine, soziale und kulturelle Projekte sowie die Präventions- und Integrationsarbeit werden maßgeblich von Ehrenamtlichen getragen. Außerdem sind der Zivil- und Katastrophenschutz, insbesondere die Freiwillige Feuerwehr und die Rettungsdienste, auf engagierte Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Auch die kommunale Selbstverwaltung basiert wesentlich auf der ehrenamtlichen Tätigkeit. Viele Bürgerinnen und Bürger übernehmen in den Kommunalparlamenten politische Verantwortung. Sogar in der Wirtschaft basiert die Selbstverwaltung auf dem Einsatz von Ehrenamtlichen.

Der Dank gilt allen, die sich in so beeindruckender Weise für das Gemeinwohl einbringen. Dieses Engagement gilt es langfristig zu fördern und abzusichern.

Ökonomische, soziale und gesellschaftliche Veränderungen stellen das Ehrenamt zunehmend vor Herausforderungen. Seit einigen Jahren ist eine verstärkte Individualisierung innerhalb der Gesellschaft zu beobachten. Damit einhergehend sind erhöhte Anforderungen an Flexibilität und Mobilität feststellbar. Sowohl eine zeitliche Verdichtung als auch die Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse erschweren die Ausübung des Ehrenamts, sodass Zeitnot eine der Hauptursachen dafür ist, dass Menschen, die gern ehrenamtlich aktiv wären, ihrem Interesse nicht mehr nachkommen können. Auch die Doppel- bzw. Dreifachbelastung durch Beruf, Familie und Engagement schränkt Ehrenamtliche, insbesondere in der sogenannten Rush-Hour des Lebens (zwischen 25 und 40 Jahren) stark ein. Hiervon sind zu allererst Frauen betroffen mit der Folge, dass sie größtenteils im Ehrenamt unterrepräsentiert sind.

Vor dem Hintergrund der technischen, sozialen und gesellschaftlichen Veränderungen des 21. Jahrhunderts setzt der Landtag eine Enquetekommission „Ehrenamt“ mit den Zielen ein,

1. Handlungsfelder für die drängenden Herausforderungen rund um das Ehrenamt zu erarbeiten,
2. Maßnahmen zur Förderung und Stärkung des freiwilligen, gemeinwohlorientierten, nicht auf materiellen Gewinn ausgerichteten Engagements vorzulegen,
3. Lösungsvorschläge zur Verbesserung der Ehrenamtsquote von Frauen und jungen Erwachsenen zu entwickeln,
4. Maßnahmen und Gesetzesvorschläge zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie, Beruf und kommunalem Mandat zu erarbeiten.

Die Enquetekommission soll unter Einbeziehung der betroffenen Ministerien, der Landtagsfraktionen, der Wissenschaft und von Vereinen und Verbänden ihren Bericht bis zum 30.06.2021 abschließen und dem Landtag zur Beratung und Beschlussfassung zuleiten.

Begründung

Niedersachsen ist ein Land des ehrenamtlichen Engagements. Fast jede zweite Niedersächsin und jeder zweite Niedersachse über 14 Jahren engagiert sich in ihrer und seiner Freizeit freiwillig. Die aktuellen Ergebnisse zum Freiwilligensurvey 2019 und die zugehörigen Daten werden voraussichtlich Ende 2020 veröffentlicht.

Der Landtag misst dem Ehrenamt in Niedersachsen eine sehr hohe Bedeutung für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft zu. Niedersachsen braucht ehrenamtliches Engagement in seiner gesamten Vielfalt. Vor dem Hintergrund der beschriebenen Veränderungen gilt es, die Rahmenbedingungen für das Ehrenamt in Niedersachsen zu verbessern.

Durch die Enquetekommission sollen in einem pluralistischen Prozess Vorschläge zur institutionellen und zeitgemäßen Verbesserung des Ehrenamtes erarbeitet werden. Aufgrund der Komplexität des Themas ist eine solche Herangehensweise am ehesten geeignet, Antworten zu finden.

Für die Fraktion der SPD

Wiard Siebels
Parlamentarischer Geschäftsführer

Für die Fraktion der CDU

Jens Nacke
Parlamentarischer Geschäftsführer

(Verteilt am 06.05.2020)